

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Monetaristen - BRD - UdSSR - EG-EFTA -
Nord-Süd-Konferenz - Seeschifffahrt**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1977) : Kurz kommentiert: Monetaristen - BRD - UdSSR - EG-EFTA - Nord-Süd-Konferenz - Seeschifffahrt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 6, pp. 273-274

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135077>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Monetaristen

Sinnlose Empfehlungen

In einer kürzlich in Paris herausgegebenen Erklärung betonen zehn renommierte Monetaristen, die Gründer eines „Schatten-Komitees für Europäische Wirtschaftspolitik“, noch einmal die monetaristische Auffassung über die „richtige“ Wirtschaftspolitik zur Überwindung von Inflation und Arbeitslosigkeit: Die Regierungen sollten den Staatsanteil senken, möglichst ausgeglichene Haushalte herstellen und die verkündeten Geldmengenziele bei völligem Verzicht auf Nachfragesteuerungsmaßnahmen konsequent verfolgen. Unter diesen Bedingungen könnten Arbeitslosigkeit und Inflation schon bis 1980 überwunden werden. Die internationalen Organisationen (IWF, OECD) hätten die veränderte Umwelt – sprich die flexiblen Wechselkurse – noch nicht voll realisiert und würden ihren Mitgliedern daher immer noch Nachfragesteuerungen empfehlen, obwohl flexible Wechselkurse hierfür wenig Spielraum bieten.

Die Empfehlungen des „Schatten-Komitees“ mögen ökonomisch zwar größtenteils richtig sein, enthalten aber ihrerseits einen Mangel an Realisation der Umwelt – und zwar der politischen und gesellschaftlichen. Der monetaristische Begriff der Arbeitslosigkeit zeigt dies deutlich. Arbeitslosigkeit bedeutet für die Monetaristen Realisierung der „natürlichen“ Arbeitslosigkeit, die nur durch strukturelle Maßnahmen verringert werden kann. Überschreitet die „natürliche“ Arbeitslosigkeit das von den gesellschaftlich relevanten Gruppen tolerierte Ausmaß, so gerät jede Regierung unter Zugzwang, solange die relevanten Gruppen an die Möglichkeit der Fiskalpolitik zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit glauben. Wirtschaftspolitische Empfehlungen, die die politischen und sozialen Gegensätze nicht zur Kenntnis nehmen, sind daher sinnlos. ww

BRD – UdSSR

Im Zeichen der Kompensation

Angesichts des anstehenden Breschnew-Besuchs in Bonn erlangte die diesjährige Tagung der deutsch-sowjetischen Kommissionen für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ein besonderes Interesse. Die Juni-Tagung fand vor dem Hintergrund wachsender Bemühungen der UdSSR um einen verstärkten Abschluß von sogenannten Kompensationsgeschäften statt,

Geschäften, bei denen es um einen reinen Gütertausch geht, wie etwa Erdgas gegen Stahlröhren.

Bei allem Verständnis für die monetären und devisenpolitischen Probleme der UdSSR, die einen solchen direkten Austausch aus sowjetischer Sicht wünschenswert erscheinen lassen, stehen Bundesregierung und westdeutsche Wirtschaft der Kompensation grundsätzlich skeptisch gegenüber. Derartige Transaktionen erscheinen den Fachleuten nur bei wenigen Großprojekten, wie etwa im Erdgasgeschäft, möglich und sinnvoll. Insbesondere aufgrund ihres Rohstoffpotentials ist die Sowjetunion hier – anders als manche ihrer RGW-Partnerstaaten, die der Kompensation bezeichnenderweise erhebliche Skepsis entgegenbringen – ein guter Kompensationspartner für eine Reihe von deutschen Großunternehmen. Für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen der Bundesrepublik wäre diese Geschäftsform dagegen schon mangels einer geeigneten Vertriebsorganisation für die im Austausch erhaltenen Waren nicht praktikabel.

So standen denn auch Großprojekte im Mittelpunkt der deutsch-sowjetischen Gespräche. Dabei scheint der vorgeschlagene außerordentliche Umfang der Geschäfte die deutsche Seite in einigen Fällen zu einer gewissen Zurückhaltung veranlaßt zu haben. Die sowjetischen Gesprächsteilnehmer betonten ihrerseits, daß keinesfalls daran gedacht sei, den deutsch-sowjetischen Handel künftig ausschließlich auf Kompensationsbasis abzuwickeln. Welche Bedeutung der Kompensation zukommen wird, bleibt damit erst einmal offen. Man wird den Breschnew-Besuch abwarten müssen. iwe

EG – EFTA

Perspektiven der Zusammenarbeit

Zwar bestehen für einige „sensible“ Industrieerzeugnisse noch Zollschränken, teilweise sind sogar neue Zölle zwischen den drei 1973 der Europäischen Gemeinschaft beigetretenen Staaten und der „Rest-EFTA“ errichtet worden. Im Prinzip jedoch werden am 1. Juli die Freihandelsabkommen der EG mit den einzelnen Rest-EFTA-Staaten realisiert. Es entsteht ein 16 Länder umfassender Freihandelsraum für 300 Millionen Menschen. Die 1972 abgeschlossenen Abkommen sind damit reibungsloser verwirklicht worden, als es nach den langwierigen Verhandlungen zu erwarten gewesen war.

Für die EG ist dies eines der selten gewordenen Erfolgserlebnisse. Vor allem die Rest-EFTA-Län-

der aber dürften allen Anlaß haben, mit der selbstgewählten Freihandelsalternative zufrieden zu sein. Durch diese integrationspolitische Minimallösung ist ihnen einerseits sicher viel Ärger erspart geblieben, während auf der anderen Seite die Handelsbeziehungen wesentlich intensiviert werden konnten.

Dennoch ist es an der Zeit, sich Gedanken über die Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen EG und Rest-EFTA zu machen. Die gemeinsame Beseitigung weiterer bilateraler Handelshemmnisse dürfte kaum eine ausreichende Basis darstellen. Gerade bei der wohl unabwendbaren Süd-Erweiterung der EG erscheint dagegen eine stärkere Einbeziehung der EFTA für beide Seiten vorteilhaft. Ebenso muß es in Zukunft um eine bessere Abstimmung über die anstehenden weltwirtschaftlichen Fragen gehen. Hier könnte die EFTA eine neue Rolle finden. Das magere Ergebnis des kürzlich abgehaltenen EFTA-Gipfels gibt allerdings in dieser Hinsicht nur zu wenig Hoffnung Anlaß.

ju

Nord-Süd-Konferenz

Symposium der Frustration

Vor dem Scherbenhaufen ihrer hochgeschraubten Erwartungen standen die Teilnehmer der Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit, als diese am 3. Juni zu Ende ging. Statt, wie geplant, zur Geburtsstunde einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu werden, entwickelte sich die Veranstaltung zu einem Symposium der Frustration. Man mußte sich schon außerordentlich anstrengen, für das Schlußdokument wenigstens einige positive Ergebnisse zusammenzutragen. Dazu gehörte die Einigung über den Sonderfonds für die ärmsten Entwicklungsländer in Höhe von 1 Mrd. \$ sowie der Beschluß über die Gründung eines Gemeinsamen Fonds, dessen konkrete Ausgestaltung indes im allgemeinen „Konferenznebel“ verborgen blieb. Bei den übrigen, als positiv hochstilisierten Konferenzergebnissen handelte es sich entweder um Wiederholungen längst bekannter Absichtserklärungen oder um ein Sich-Hinüber-Retten zu weiteren internationalen Verhandlungen.

Ungleich länger ist die Liste ergebnisloser Tagesordnungspunkte. An erster Stelle prangt die strittige Energiefrage, bei der es den Industrieländern nicht gelang, das OPEC-Kartell aufzubrechen. Ungelöst blieben ferner die Schuldenprobleme sowie die Fragen des Investitionsschutzes und der Indexierung, um nur einige Bereiche zu nennen. Damit wurden diejenigen eindrucksvoll widerlegt, die geglaubt hatten, mit dem Dialog den gordi-

schen Knoten der Nord-Süd-Probleme auf einen Schlag lösen zu können. Das Schnüren eines komplexen Verhandlungspaketes erwies sich als wenig nützlich. Mangelnder politischer Wille, unklare Vorstellungen über mögliche Auswirkungen der geforderten Maßnahmen, unzulängliche Abstimmung innerhalb der Teilnehmergruppen gepaart mit einer versagenden Konferenzleitung brachten einen chaotischen Verhandlungsverlauf und ein überaus mageres Ergebnis. Es kreißte der Berg und gebar eine Maus.

bo

Seeschifffahrt

Ungefährliche Konkurrenz?

Die Gefährdung der deutschen Seeschifffahrt durch die Konkurrenz der Ostblockflotten wurde vom Bundesverkehrsministerium und auch von den Regierungen der Küstenländer klar erkannt. Zu einer ganz anderen Einschätzung der Situation kam jedoch kürzlich die Verkehrsministerkonferenz der Bundesländer. Diese Konkurrenz, hieß es, sei für die deutsche Seeschifffahrt nicht bedrohlich. Und weiter: „Die Auswirkungen der Aktivitäten der Comecon-Länder (dürfen) nicht nach den Interessenstandpunkten einzelner Wirtschaftsbereiche beurteilt werden . . ., sondern nur unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten.“

Hier stellt sich die Frage, ob die Mehrheit der Bundesländer meint, daß die – wohl überstimmten – Regierungen der Küstenländer und das Bundesverkehrsministerium nicht vor allem auch gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte im Auge haben, wenn sie von der Gefahr der Ostblockkonkurrenz sprechen. Eine durch die Ostblockflotten-Konkurrenz verminderte deutsche Handelsflotte kostet nicht nur Arbeitsplätze, sondern gefährdet auch die Versorgungssicherheit der deutschen Volkswirtschaft im Falle von Krisen. Auch der aus den zahlungsbilanzpolitisch motivierten Dumpingfrachtraten der Ostblockreedereien resultierende Kostenvorteil für die deutschen Verlader dürfte nur kurzfristiger Natur sein. Wenn die deutsche Linienschiffstonnage erst einmal in einem gewissen Maße vom Markt verdrängt worden ist, werden die Verlader, und damit die deutsche Exportwirtschaft, mit höheren Frachtratenforderungen der östlichen Reedereien zu rechnen haben.

Die Argumentation der Verkehrsminister-Konferenz ist nicht zuletzt insofern gefährlich, als sie deutlich macht, daß im westlichen Lager in dieser Frage nicht einmal innerhalb eines Landes Einigkeit herrscht. Auf die künftige Verhandlungsposition des Westens gegenüber den Ostblockreedern dürfte sich dies nicht gerade positiv auswirken. kw